

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/21

31. Januar 1977

Wider das Gerede von der Armut in unserem Land

-----  
Opposition diskreditiert Sozialhilfe und ihre An-  
spruchsberechtigten

Von Antje Huber MdB  
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 bis 3 / 109 Zeilen

Direktwahlen kosten Geld

-----  
Das neue Europäische Parlament steht vor organisatori-  
schen Schwierigkeiten

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 82 Zeilen

Noch einmal davongekommen

-----  
Keine Abspaltung der Juso-Schüler von den Jungsozialisten

Seite 6 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hellseeflee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 423  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 60 36/39  
Telefax: 08 66 446-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Wider das Gerede von der Armut in unserem Land

---

Opposition diskreditiert Sozialhilfe und ihre Anspruchsberechtigten

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Der Stellenwert der Familie in der Politik wird von der Opposition gern als Zankapfel mißbraucht, insbesondere vor Wahlen und in der Hoffnung, daß ein gewisses Maß an Verunsicherung sich nach dem Muster "Freiheit statt Sozialismus" auch mit bloßen Parolen erzielen läßt. Die Opposition hat nun kürzlich wieder erklärt, die Regierung vernachlässige seit Jahren den Schutz und die Förderung der Familie. Sie spricht von Fehlentwicklungen und knüpft das alles überwiegend an das Stichwort Armut. Wie mögen solche Töne wohl in Ländern bewertet werden, die ganz im Gegenteil aufgrund unserer wirtschaftlichen Spitzenposition Hilfen von uns erwarten?

Laut Umfragen finden aber auch die Menschen in unserem Land, daß es ihnen ganz überwiegend gut geht. Auch die Familien mit Kindern haben heute bessere Arbeitseinkommen, ergänzt durch eine ganze Reihe von staatlichen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung usw. Es stimmt nicht, daß eine bedrückend große Zahl von Familien, wie Herr Kohl behauptet, unter die Sozialhilfeschwelle abgesunken ist. Es sind keine zwei Prozent aller Familien mit Kindern auf laufende Sozialhilfe angewiesen. Die Zahlen des Mainzer Sozialministers Geißler sind falsch. Aber schlimmer noch: Unser erfolgreiches Bemühen, Sozialhilfe gerade nicht als Armenfürsorge, sondern aufgrund von Rechtsanspruch auch materiell befriedigend auszugestalten, wird hier geradezu ad absurdum geführt. Auf diese Weise diskreditiert die CDU den Sozialhilfeanspruch und die Menschen, die ihn geltend machen können, sowie jene, die aus eigener Arbeit ähnliche Einkünfte haben. Und sie präsentiert uns bei jeder Sozialhilfeverbesserung, d.h. einer positiven Entwicklung unserer Leistungen für Behinderte, Pflegebedürftige und sozial Benachteiligte auf diese Weise weiter nichts als immer neue statistische Arme, die sie durch so etwas geradezu produziert.

Eine solche Handlungsweise ist für jeden Redlichen politisch unerlaubt. Und im Übrigen stellt unser gesamter Sozialhilfeaufwand von 8,4 Milliarden Mark (1975) mit einem Anteil am Sozialprodukt von 2,5 Prozent keinerlei überzogene Relation dar. Diese notwendige Klarstellung läßt uns keineswegs übersehen, daß die Mehr-Kinder-Familie es immer schwer hat, angemessen am Lebens-

standard teilzuhaben. Deshalb soll nach Einführung der Mehrwertsteuer-Erhö-  
hung das Kindergeld für das zweite und insbesondere für die folgenden  
Kinder erhöht werden. Der Aufwand für das Kindergeld wird dadurch um 1,7  
Milliarden Mark (= 10 Prozent) insgesamt auf fast 16 Milliarden Mark stei-  
gen. Außerdem soll das Wohngeld verbessert werden. Auch dies ist eine wich-  
tige Hilfe gerade für Familien.

Der Einwand, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer die in der Regierungs-  
erklärung angekündigten Verbesserungen wieder aufzehre, trifft für die Mehr-  
Kinder-Familie nicht zu - außer bei Beziehern hoher Einkommen mit hohen Ver-  
brauchsausgaben. Aber es geht in dieser ganzen Familiendiskussion ja keines-  
wegs nur um finanzielle Fragen. Der CDU-Vorsitzende Kohl fordert eine ganz  
neue Weichenstellung in der Familienpolitik hin zu - man denke - mehr Lebens-  
qualität. Dieser Begriff stammt von Sozialdemokraten. Auf die Familie bezo-  
gen bedeutet er tiefe menschliche Beziehungen, Gemeinsamkeit, Geborgenheit,  
vielerlei Hilfen und Chancen zur Selbstverwirklichung im freien privaten Le-  
bensraum. "Heiße Familie" wächst allerdings nicht proportional mit steigen-  
dem Einkommen - manchmal im Gegenteil. Familie lebt mit allen ihren Bindun-  
gen, aber auch Konflikten und spiegelt auch die gesellschaftlichen Verände-  
rungen wider. Tradition allein reicht hier zur Bewältigung keineswegs aus.  
Dem, der hier Bewertungsmaßstäbe ansetzen will, kann nur zur Vorsicht ge-  
raten werden. Vereinfachte Rezepte dokumentieren weiter nichts als Mangel an  
Problembewußtsein.

Der Staat hat nicht die Aufgabe, in den Freiheitsraum Familie hinein-  
zugreifen. Seine Rolle muß sich darauf beschränken, die Situation, das Um-  
feld der Familie zu verbessern und konkrete Hilfe für Konfliktbewältigung  
zu geben. Er muß sich als Helfer, Freund und Beschützer der Familie ver-  
stehen - nicht als ihr Beichtvater und Richter.

Familie ist die Lebensform, die sich nicht alle, aber die meisten unse-  
rer Bundesbürger wünschen. Die Frage, wie sie in einer sich wandelnden Welt  
bestehen kann, legt uns auch jetzt die dauernde Verpflichtung auf, über die  
Situation der Familie nachzudenken und weitere konkrete Hilfen vorzuberei-  
ten: rechtliche Besserstellung, finanzielle Hilfen und neue Kooperationsfor-  
men der Gesellschaft, etwa auf den Feldern der Elternbildung, Elternberatung

und -mitwirkung, Familienfreizeit. Hier ist mit Modellerprobungen bereits begonnen worden.

Wir müssen uns dabei der Tatsache bewußt sein, daß die heutige Praxis der Familienplanung als Teil der Lebensplanung dem Einzelnen mehr Freiheit und auch die Möglichkeit eingeräumt hat, in seinen Entscheidungen sehr viel stärker individuelle Wünsche und gesellschaftliche Verhältnisse einzubeziehen, z.B. Wohnverhältnisse, Ausbildungschancen, wirtschaftliche Lage, soziale Sicherheit und die Frage nach der Kinderfreundlichkeit der Umwelt, nach dem Klima in unserem Lande also; und das ist die Frage, ob wir zu einer kalten Gesellschaft werden.

In diesen Fragenkomplex gehört auch die Entscheidung darüber, ob ein Ehepartner sich ganz dem Haus und der Kindererziehung widmet, oder ob beide berufstätig sein wollen. Der Staat hat diese Entscheidung zu respektieren. Aber wenn Vertreter der Opposition die Beeinträchtigung dieser Wahlfreiheit hauptsächlich in den beruflichen Nachteilen von Müttern sehen, die sich fürs Zuhausebleiben während der Kindererziehung entscheiden, dann muß man klar erkennen, daß es natürlich ebenso wenig Wahlfreiheit für Frauen gibt, die aus ökonomischen Gründen erwerbstätig sein müssen oder für jene, die gern einem Beruf nachgehen möchten, aber keinen Arbeitsplatz haben. Wenn man denen nicht allzu lange und immer wieder gesagt hätte, daß sie ja eigentlich und überhaupt in die Familie, d.h. ausschließlich in den Haushalt gehören und nicht so lange Ausbildungszeiten brauchen, wäre die Lösung dieses Problems heute vielleicht schon ein Stückchen leichter.

Frauen sind konfrontiert mit einer besonders auffälligen Diskrepanz zwischen ihrer rechtlichen und ihrer faktischen Situation. Gleichberechtigung in der Praxis, d.h. Ausbildung, Berufschancen, Verdienstniveau und die Position der Frau im öffentlichen Leben etwa, dies alles läßt die Langzeitwirkung zäher alter Vorurteile und überholter Rollenvorstellungen erkennen. Bei aller rechtlichen Gleichstellung, die in den kommenden Jahren noch in der Rentenfrage ergänzt werden muß und wird, bleibt die praktische Eröffnung von größeren Chancen und tatsächlicher Gleichbehandlung eine wichtige Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Bundesregierung wird hier eine offensive Politik betreiben und darauf ein Auge haben, daß insbesondere beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch die Frauen nicht vergessen werden.

Wenn die Opposition sich zum Fürsprecher der Familie, der Frauen und der Jugend macht, so werden wir aufmerksam beobachten, wieviel von solchen Bekundungen sich in praktische Politik dort umsetzt, z.B. wo die CDU/CSU die Mehrheit hat in Gemeinden, Ländern und im Bundesrat. Das Gerede der CDU von tiefgreifenden Fehlentwicklungen, von Armut in einem Land wie unserem, von Vernachlässigung der Familie und Gefährdung der freiheitlichen Ordnung ist allerdings verantwortungslose Schwarzmalerei, die geeignet ist, echte Fehlentwicklungen einzuleiten, junge und auch ältere Menschen zu verunsichern. Und das alles, nachdem noch erst kürzlich der CSU-Vorsitzende das Ende des Sozialstaates gefordert hat. (-/31.1.1977/bgy/hgs)

+ + +

### Direktwahlen kosten Geld

---

Das neue Europäische Parlament steht vor organisatorischen Schwierigkeiten

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Haushalt des noch nicht direkt gewählten Europäischen Parlaments mit 198 Abgeordneten beläuft sich im Jahre 1976 auf 190 Millionen DM: Das ist ungefähr 3/4 des Haushaltes des Bundestages.

Auch hier wird die von uns allen begrüßte Direktwahl Neues - das heißt mehr an Ausgaben - bringen. Man wird offen über diese Ausgabensteigerungen reden müssen, denn die Bürger fragen oft genug, ob denn dieser Aufwand im rechten Verhältnis zum Ergebnis steht. Wenn man eine europäische Integration zum Nutzen aller will, dann muß man auch für eine Demokratisierung der Entscheidungen sorgen. Demokratie, d.h. Beteiligung vieler am Entscheidungsprozeß, Öffentlichkeit der Entscheidungen bedeutet in der EG z.B. hohe Ausgaben für Übersetzung in die Sprachen der Gemeinschaft, bedeutet hohe Ausgaben für Reisen aus dem Heimatstaat der Abgeordneten oder der Beamten nach Brüssel, Luxemburg oder Straßburg. Die Genugtuung über die Entscheidung für die Direktwahl darf nicht die wirtschaftliche Vernunft verdrängen. Das direkt gewählte Parlament wird nur dann glaubhaft frischen Wind in die Gemeinschaft bringen können, wenn es selbst sparsam und rationell wirtschaftet.

Welche Kosten werden unvermeidlich sein? Eine Reihe von Ausgaben fallen durch die zahlenmäßige Vergrößerung des Parlaments von 198 auf 410 Abgeordnete an. So stehen gegenwärtig an keinem der Arbeitsorte des Parlaments Räume für Plenar- und Fraktionssitzungen in ausreichender Zahl und Größe zur Verfügung. Zwar könnte das neue Gebäude des Europarates in Straßburg noch am ehesten für diese Zwecke angepaßt werden, doch bliebe Straßburg als Tagungsort des direkt gewählten Parlaments dennoch ein Provisorium; denn die spätestens für ein direkt gewähltes Parlament notwendige Infrastruktur ist nicht vorhanden. Die gleiche Problematik stellt sich mit unterschiedlichem Gewicht in Luxemburg und Brüssel. In Luxemburg müßte der Plenarsaal erweitert, in Brüssel ein neuer errichtet werden. Direkt fielen die Kosten dafür dem Europäischen Parlament zwar nicht zur Last, doch die schon jetzt erheblichen Mietsummen für die verschiedenen Gebäude werden sich mit Sicherheit erhöhen. Will man die mit dem Zwang zur Tagung an mehreren Orten verbundenen Kosten in vernünftigen Grenzen halten, dann bleibt langfristig wahrscheinlich nur eine Lösung: das Parlament entscheidet sich selbst für den, d.h. einen einzigen Ort, an dem es in Zukunft tagen will.

Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich die erheblichen Investitionen rechtfertigen, die nötig sind, um dem direkt gewählten Parla-

ment angemessenes Arbeiten zu erlauben. Sitzungssäle bilden ja nur einen Teil parlamentarischer Bedürfnisse: Die Abgeordneten, möglicherweise auch ihre Assistenten, die Fraktionen und die Beamten des Parlaments müssen über Arbeiteräume verfügen. Presse und Besucher müssen empfangen werden können. Dolmetscher und Übersetzungsmöglichkeiten, Bibliothek und Archiv müssen vorhanden sein. Kein Ort der Gemeinschaft kann dies bisher alles für 410 Abgeordnete bieten.

Zu diesen Kosten der Infrastruktur sind noch die Kosten der Arbeiten des Parlaments hinzuzufügen. Reisekosten und Tagegelder werden sich ebenso deutlich erhöhen wie die Druckkosten für die verschiedenen Dokumente. Zwar muß keine Verdoppelung aller dieser Ausgaben wegen der Verdoppelung der Abgeordnetenzahl auftreten, aber erhebliche Kostensteigerungen in diesem Bereich sind nahezu unvermeidlich.

Erhebliche Kosten werden sich weiterhin aus dem Umstand ergeben, daß die Tätigkeit der Abgeordneten im zukünftigen Parlament als Hauptberuf - mit der Notwendigkeit einer Mandatsentschädigung - anzusehen ist. Bisher erhalten die Abgeordneten - die ja alle zugleich ein nationales Mandat innehaben - vom Europäischen Parlament nur eine, allerdings reichlich bemessene, Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten. In Zukunft wird es daneben Diäten und Sozialleistungen geben müssen.

Zu den Kosten der Direktwahl, die bereits jetzt spürbar werden, gehören auch die gestiegenen Ausgaben zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über dieses Parlament und seine Aufgaben. Ein Großteil der Informationsarbeit wird zwar von den Parteien geleistet, doch ist es gleichzeitig nötig, in einer dem Wahlkampf vorangehenden "neutralen" Phase, umfassende Aufklärungsarbeit über die Gemeinschaften und ihr Parlament zu leisten. Das kostet Geld. Geld kostet auch der Wahlkampf, wozu wir in der Bundesrepublik die Erstattung bestimmter Lasten an die Parteien kennen. Vergleichbares ist bisher auf EG-Ebene noch nicht eingeführt. Hier wird eine vernünftige Lösung in jedem Land gefunden werden müssen. Denn der erste europäische Wahlkampf wird national zu finanzieren sein.

Die meisten dieser geschilderten Ausgaben sind unvermeidlich. Sie sollten uns den Preis wert sein für eine demokratische Europäische Gemeinschaft. Doch wir müssen darauf achten, daß auf diesem Hintergrund die Ausgaben stets dem Ziel angemessen sparsam und rationell eingesetzt werden. (-/31.1.1977/bgy/la)

+ + +

Noch einmal davongekommen  
-----

Keine Abspaltung der Juso-Schüler von den Jungsozialisten

Wollte man die Bundesfacharbeitstagung der Jungsozialisten zur Schülerarbeit am Wochenende in Mannheim darauf abklopfen, um wie viele Schritte man weiter auf dem Weg zu einer Demokratisierungsstrategie an den Schulen gekommen ist, fielen allenfalls körniger Staub aus den Kulissen. Erinnerung man sich freilich der Ängste auf Seiten des Juso-Bundesvorstandes vor dem Kongreß, die Schüler-Delegierten könnten ihre organisatorische Verselbständigung beschließen, wird begreiflich, daß die Tagung als voller Erfolg gewertet werden mußte. Die von Hamburger und Berliner Gruppen angestiftete Stamokap-Fraktion unterlag, die Juso-Schüler beschlossen letztlich mit breiter Mehrheit, sich grundsätzlich an der SPD zu orientieren.

Nun könnte man dies abtun als Revolution im Kindergarten, der jegliche Relevanz abzusprechen sei, als jugendlichen Leichtsinns, den geradezu rückwärts nur eines Federstrichs der Juso-Führung bedurft hätte. Weit gefehlt. Die mühsam verhinderte Loslösung der Schülergruppen von den Jungsozialisten hätte den Keim der Zersplitterung in die Gesamtorganisation der Jusos getragen, hätte letztlich wohl die SPD-Linke gespalten und hätte der SPD als Gesamtpartei vermutlich auf längere Frist die Abwanderung breiter Schichten der jungen Generation beschert.

So kann es durchaus als ein positives Signal auch für den bevorstehenden Juso-Bundeskongreß im März gewertet werden, daß sich die scheidende Juso-Vorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul und ihr potentieller Nachfolger Ottmar Schreiner in Mannheim durchsetzten und ihre Schüler taktisch geschickt im Zaum hielten. Schreiners voraussichtlicher Gegenkandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden, der Stamokap-Vertreter Klaus-Uwe Benneter, der in Mannheim wacker auf Seiten der Spalter stritt, unterlag, sah seine Taktik vereitelt.

So gesehen war die Facharbeitstagung der Schüler erste Walstatt der Kandidaten, der Beginn eines Wahlkampfes, in dem mit harten politischen Bandagen gekämpft wird. Der Verlauf der Rededuelle in Mannheim aber läßt erwarten, daß die Gesamtorganisation der Jungsozialisten auch auf dem Bundeskongreß in Hamburg ihre Rolle des kritischen und drängenden, aber loyalen Partners der SPD festschreiben wird.

Anselm Bengeser  
(-/31.1.1977/bgy/ben)